



für Rheinland-Pfalz im Bundestag

**Rechenschaftsbericht von Josef Winkler
zur Landesdelegiertenversammlung
am 21. November 2009 in Kaiserslautern**

www.josef-winkler.de

Bad Ems, im November 2009

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein für unsere Landespartei ereignisreiches Jahr geht mit der heutigen Landesdelegiertenversammlung in Kaiserslautern zu Ende. Es kommt – zum Glück – nicht alle Jahre vor, dass wir innerhalb von vier Monaten drei Wahlen haben, die von uns allen ein hohes Engagement erfordern und sehr viel Arbeit bedeuten. Daher möchte ich mich sehr herzlich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den Kreis- und Ortsverbänden für ihr Engagement bedanken.

Auch wenn wir nicht alle unsere Ziele bei den Wahlen erreicht haben, können wir, was unser eigenes rheinland-pfälzisches Ergebnis angeht, sehr zufrieden sein. Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 konnten wir noch einmal unsere starke kommunale Verankerung verstärken, die Europa- und die Bundestagswahl hat das beste und zweitbeste Ergebnis seit unserer Gründung bei landesweiten Wahlen gebracht.

Dass wir nun in den kommenden vier Jahren eine schwarz-gelbe Regierung haben, ist für uns als Grüne und für unsere programmatischen Ziele schlecht, ich kann aber schon jetzt versprechen, dass wir in den kommenden vier Jahren eine kraftvolle und engagierte Oppositionspolitik betreiben werden und es den Unionsparteien und der FDP nicht leicht machen werden, ihre Politik durchzusetzen.

Wie es unsere Landessatzung vorschreibt, möchte ich Euch wie gewohnt in dem vorliegenden Bericht über meine Arbeit der letzten zwölf Monate informieren.

Wenn Ihr darüber hinaus weitere Informationen zu meinen Tätigkeiten erhalten wollt, dann verweise ich Euch auf meine Internetseite www.josef-winkler.de.

Selbstverständlich stehe ich Euch im Laufe der Landesdelegiertenversammlung persönlich zur Verfügung, um Eure Rückfragen, Rückmeldungen, aber auch Anregungen zu erfahren. Sprecht mich einfach auf dem Parteitag an, ich freue mich bereits sehr auf die Gespräche mit Euch.

Herzliche Grüße
Josef Winkler

Aktuell: Meine neue Funktion in der Bundestagsfraktion

Der Beginn einer neuen Wahlperiode bedeutet auch für mich als Abgeordneten eine Zäsur, denn er bringt mit sich, dass die alten Arbeitsbereiche und Funktionen nicht mehr gelten, sondern in der neu konstituierten Fraktion neu zugeteilt werden müssen.

In der 15. und 16. Wahlperiode war ich, wie Ihr wisst, Mitglied im Innenausschuss und Obmann im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. In der 16. Wahlperiode habe ich für die GRÜNE Bundestagsfraktion die Funktion des migrationspolitischen Sprechers sowie des Sprechers für Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog versehen. Diese Arbeitsbereiche sind in unserer Bundestagsfraktion im Arbeitskreis 3 (AK 3) eingebettet, der sich zudem mit weiteren Feldern der Innenpolitik befasst, wie z.B. mit der Sicherheitspolitik, Demokratiep politik, Rechtspolitik, Netzpolitik, Menschenrechten und Strategien gegen den Rechtsextremismus.

Ich freue mich sehr Euch mitteilen zu können, dass ich in der AK-Sitzung vom 10. November 2009 zum AK-Koordinator gewählt worden bin. Die Fraktion ist dem damit verbundenen Vorschlag, mich für diesen Bereich zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, am 12. November 2009 gefolgt.

Durch eine Umstrukturierung der Arbeitskreise verbunden mit dem Wechsel unseres bisherigen AK-Koordinators Hans-Christian Ströbele in einen anderen AK ist die Stelle des Koordinators in meinem AK vakant geworden. Hans-Christian Ströbele hatte den Wunsch, in den außenpolitischen Bereich zu wechseln und sich vermehrt dem Thema Afghanistan und internationale Konflikte zu widmen. Auf Bitten und auf Wunsch von vielen Fraktionskollegen und der Fraktionsvorsitzenden Renate Künast habe ich mich um die Stelle des Koordinators beworben und ich bin im Arbeitskreis mit einer Gegenstimme und in der Gesamtfraktion mit 6 Gegenstimmen gewählt worden. Dies hat mich sehr gefreut, denn das ist eine Bestätigung für meine geleistete Arbeit in der Fraktion in den vergangenen sieben Jahren in den unterschiedlichen Funktionen, die ich bisher versehen habe. Ich bin mir jedoch auch darüber bewusst, dass ich vor einer großen Herausforderung stehe. Hans-Christian Ströbele bleibt uns aber als Mitglied im Rechtsausschuß und voraussichtlich auch weiterhin im Bereich der Geheimdienstkontrolle in der täglichen Arbeit verbunden. Daß in der Fraktion im Vorfeld der Entscheidung auch andere Personalentscheidungen ernsthaft diskutiert wurden, haben mir eine Reihe von Enthaltungen in der Gesamtfraktion signalisiert. Ich sehe es als Herausforderung an, die nächsten zwei Jahre zu nutzen um zu zeigen, daß ich die geeignete Wahl gewesen bin, um uns in diesem wichtigen Politikbereich weiter zu profilieren.

In meiner neuen Funktion wird es nun darum gehen, unsere programmatischen Ziele in den Politikfeldern der Innen- und Rechtspolitik nach innen und nach außen wahrnehmbar zu vertreten.

Für uns rheinland-pfälzische GRÜNEN ist meine Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Bestätigung und Chance zugleich. Bestätigung dafür, dass die Bedeutung unseres Landesverbands nicht zuletzt auch wegen des Bundestagswahlergebnisses gestiegen ist. Und auch Bestätigung dafür, dass wir rheinland-pfälzische Abgeordnete hier in Berlin eine gute Arbeit leisten.

Meine neue Funktion erachte ich als Chance für den Landesverband, weil die neue Funktion mit einem Bedeutungszuwachs verknüpft ist. Diesen Bedeutungszuwachs möchte ich dazu nutzen, den Landesverband gerade im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl im Frühjahr 2011 in allen erdenklichen Formen zu unterstützen. Gerade in den Themenfeldern aus meinem Arbeitskreis, Innen-, Sicherheits- oder auch Integrations- und Flüchtlingspolitik, werden wir den rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wählern eine klare Alternative zu den drei im Landtag vertretenen Parteien und der Linken, aber auch der Piratenpartei aufzeigen müssen.

Im Vergleich zur letzten Wahlperiode ist die neue Fraktion mit 68 Abgeordneten um 17 Abgeordnete gewachsen. Dies bringt es mit sich, dass die Arbeit nun auf mehr Schultern verteilt werden kann.

In der neuen Fraktion bleibe ich weiterhin Sprecher für Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog. Im Bereich der Migration findet eine Arbeitsteilung zwischen den Feldern Migrations- und Integrationspolitik sowie Flüchtlingspolitik statt. Nicht zuletzt wegen meiner nun höheren Arbeitsbelastung als stellvertretender Fraktionsvorsitzender habe ich mich auf den Bereich der Flüchtlingspolitik beschränkt, so dass ich nunmehr flüchtlingspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion bin. Dies bringt auch mit sich, dass ich im Innenausschuss des Bundestages verbleibe.

Meinen Sitz im Petitionsausschuss habe ich ebenfalls wegen mangelnder Zeitressourcen abgegeben, auch wenn es mir in den vergangenen sieben Jahren immer große Freude gemacht hat, mich direkt der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger annehmen zu können. Ich habe mich aber um einen Stellvertreter-Sitz im Petitionsausschuss beworben, um mich mit einzelnen Petitionen – insbesondere zu Asyl- und Flüchtlingsfällen, weiter befassen zu können. Ich glaube, dass wir in den vergangenen Jahren im Bereich des Petitionsrechts viel erreicht haben. Nicht zuletzt unter meiner Federführung ist mit der Möglichkeit von öffentlichen Petitionen eines der modernsten Petitionsrechte weltweit entstanden, das eine erweiterte direktdemokratische Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben ermöglicht hat.

In meinen neuen Funktionen werde ich auch in Zukunft meine politische Arbeit in Berlin in Eurem Sinne fortsetzen und freue mich daher sehr, wenn Ihr mich dabei unterstützt.

Rueckblick – Teil I: Die Bundestagswahl am 27. September 2009

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 ist für uns rheinland-pfälzische GRÜNE insgesamt gut gelaufen.

Erstens haben wir es geschafft, unser bestes Ergebnis bei landesweiten Wahlen, das wir erst bei der Europawahl im Juni mit 9,5 Prozent erreicht hatten, noch einmal zu übertreffen. 9,7 Prozent sowie fast 212.000 Wählerinnen und Wähler sind ein großer Erfolg für unseren Landesverband.

Zweitens haben wir unser Wahlziel erreicht, zukünftig mit drei Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten zu sein. Dass wir nun drei Bundestagsabgeordnete haben, hat viele Vorteile. Ich habe in den letzten Jahren sehr großen Wert darauf gelegt, vor Ort in den Orts- und Kreisverbänden zu sein. Es ist für beide Seiten sehr wichtig, für mich als Abgeordneten und für die Basis vor Ort, einen permanenten Kontakt und Austausch zu pflegen. Mit Tabea gibt es nun eine dritte Anlaufstelle, was sich positiv auf den ganzen Landesverband auswirken wird. Durch Tabeas Einzug wird es zudem besser gelingen, eine vor Ort-Präsenz in weiten Teilen unseres Bundeslandes zu gewährleisten.

Als aus RLP-Sicht erfolgreiche Wahl bezeichne ich die Bundestagswahl auch deshalb, weil es uns gelungen ist, viertstärkste Kraft in Rheinland-Pfalz zu bleiben, also vor der Linkspartei gelandet zu sein. Wenn man sieht, welches gutes bundesweites Ergebnis die Linkspartei erreicht hat, dann bleibt festzustellen, dass dies keine Selbstverständlichkeit war.

Alles in allem ist unser rheinland-pfälzisches Ergebnis eine gute Basis für unseren angestrebten Wiedereinzug in den Landtag 2011. Dies heißt aber nicht, dass wir uns jetzt 18 Monate auf diesem Wahlergebnis ausruhen können. Die Vergangenheit lehrt uns, dass wir selbst bei einer kurzen Spanne von nur einem halben Jahr schon sehr stark in der Wählergunst gefallen sind, was wir im März 2006 schmerzlich erfahren mussten.

Was sind die Hauptgründe für dieses Wahlergebnis? Ich bin überzeugt davon, dass auch bei dieser Bundestagswahl vorwiegend bundespolitische Themen für das rheinland-pfälzische Abschneiden ausschlaggebend waren. Dank unserer überzeugenden Konzepte in allen relevanten Politikfeldern haben wir unser bestes Bundestagswahlergebnis auf Bundes- wie auf Landesebene erreicht.

Im Gegensatz zur Linkspartei, deren gutes Ergebnis zum Teil auch als Protest gegen die SPD aufgefasst werden kann (für RLP hat dies eine Analyse des Landeswahlleiters bestätigt), erachte ich unser Wahlergebnis als ein eigenes und daher auch stabiles Wahlergebnis. Unser Ziel muss es daher bei den kommenden Wahlen sein, so umfassend wie möglich unser Wählerpotential auszuschöpfen. Jenseits dessen haben unsere rheinland-pfälzische Kampagne und die Arbeit aller Verantwortlichen zum Erfolg beigetragen. Trotz der Belastung durch die Kommunal- und Europawahl im Juni ist es gelungen, auch für die Bundestagswahl einen guten und sehr engagierten Wahlkampf durchzuführen. Dabei ist es uns – im Gegensatz zur Landtagswahl 2006 – erfolgreich gelungen, eine wirksame Zweitstimmekampagne durchzuführen sowie einen hohen Mobilisierungsgrad zu erreichen. Die absolute Zahl von fast 212.000 Wählerinnen und Wähler gibt Zeugnis darüber.

Meines Erachtens war die Kommunalwahl dahingehend von Vorteil für uns, weil sich unsere gute lokale Verankerung, die sich auch im Kommunalwahlergebnis widerspiegelt, auch bei der Bundestagswahl positiv ausgewirkt hat.

Die Wahlanalyse des Landeswahlleiters zeigt eindeutig auf, dass wir im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 flächendeckend stärker geworden sind. In allen 15 Wahlkreisen haben wir unser Zweitstimmenergebnis verbessert. Dies ist wichtig, um in landesweiten Wahlen Erfolge zu erzielen.

Dennoch ist auffällig, dass wir in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte ein um 1,9 Prozentpunkte besseres Wahlergebnis erreicht haben als in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte. Ebenfalls von Interesse auch im Hinblick auf die Vorbereitung der Landtagswahl 2011 ist ein Blick auf die GRÜNEN Hochburgen in Rheinland-Pfalz. Im Vorfeld der Bundestagswahl wurden in einer Analyse des Landeswahlleiters 15 Gebietskörperschaften als Hochburgen identifiziert. Eine Hochburg ist laut Definition des Landeswahlleiters eine Gebietskörperschaft, in der das Wahlergebnis um 20 Prozent höher als der Landesdurchschnitt ist. Referenzwahlen waren hierbei die Bundestagswahlen 2002 und 2005.

Das Ergebnis der Hochburgenanalyse zeigt auf, dass wir in den Hochburgen mit 14,7 Prozent fünf Prozentpunkte besser abgeschnitten haben als im Landesschnitt. Von den vor der Bundestagswahl 2009 identifizierten 15 Hochburgen konnten 11 als Hochburg gehalten werden, vier Hochburgen konnten sich nicht als Hochburg behaupten, dafür sind aber drei neue Hochburgen hinzugekommen.

Diese erste Analyse beweist mir, dass wir im kommenden Jahr in unserer Partei eine intensive Debatte darüber führen müssen, wie wir uns im Hinblick auf die Landtagswahl 2009 aufstellen. Dabei müssen wir Antworten auf die wichtigsten Fragen erarbeiten.

Dazu gehört die Frage, mit welchen Inhalten und inhaltlichen Schwerpunkten wir die Wählerinnen und Wähler überzeugen wollen. Des weiteren müssen wir ganz klar herausarbeiten, warum es sich lohnt, GRÜN zu wählen und welchen Mehrwert eine GRÜNE Fraktion bietet. Wir müssen ganz genau überlegen und herausarbeiten, wie wir mit den anderen politischen Parteien im Wahlkampf umgehen wollen. Hierzu gehört die Frage, wer unser strategischer Gegner ist und wer nicht. Nicht zu vergessen: Wie schaffen wir es, das große Potential, das wir bei der Bundestagswahl gut mobilisieren konnten, auch bei der Landtagswahl zu mobilisieren? Nicht zuletzt muss auch die Frage geklärt werden, wie wir eine Kampagne gestalten können, die die hohe Bedeutung der Hochburgen berücksichtigt, ohne jedoch den ländlichen Raum zu vernachlässigen.

Ich bin mir sicher, dass wir auf diese und andere wichtige Fragen die richtigen Antworten finden, so dass unsere außerparlamentarische Oppositionszeit in knapp eineinhalb Jahren ihr Ende findet.

Ich freue mich bereits auf die kommenden Monate und werde wie gewohnt kollegial mit dem Parteirat und dem Landesvorstand intensiv die oben genannten Fragen erörtern, denn im Frühjahr 2011 steht viel auf dem Spiel.

Rueckblick – Teil II: Intensiver Wahlkampf vor Ort – ein Überblick

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes habe ich gemeinsam mit meinen beiden Mitarbeitern Patrick Hand und Oliver Buschbaum vom 24. August bis in die Wahlnacht hinein eine umfassende Rheinland-Pfalz-Tour absolviert. Dabei habe ich in diesen fünf Wochen insgesamt knapp 100 Termine durchgeführt. Zusammen genommen waren wir an den 26 Wahlkampftagen in der heißen Phase über 7000 km im Land unterwegs.

Bei der Planung des Wahlkampfes haben wir großen Wert darauf gelegt, so viele Kreisverbände wie möglich in allen Regionen von Rheinland-Pfalz zu besuchen. Unser ursprüngliches Ziel, in allen 34 Kreisverbänden Wahlkampftermine durchzuführen, ließ sich allerdings am Ende aus diversen Gründen nicht umsetzen. Für die Planung der Termine vor Ort hat Giuseppe Lipani, mein Mitarbeiter im Rheinland-Pfalz-Büro in Koblenz, die Verantwortlichen in den Kreis- und Ortsverbänden frühzeitig kontaktiert, um mit diesen mögliche Besuchstermine und Veranstaltungsformate zu besprechen. Dabei hatten die Kreis- und Ortsverbände weitestgehend freie Hand, welche „Formate“ sie für ihren und meinen Wahlkampf nutzen wollten.

In der Regel starteten wir morgens in Bad Ems und fuhren in den jeweiligen Kreisverband, um dort meist am Vormittag den ersten Termin wahrzunehmen. Von durchschnittlich drei bis vier Wahlkampfterminen am Tag standen zwei oder drei „thematische“ auf dem Programm. Bei diesen Terminen besuchte ich die unterschiedlichsten Firmen, Organisationen, Religionsgemeinschaften, etc. und wurde vor Ort von den Verantwortlichen über die Arbeit der Einrichtungen informiert. Mit einigen wenigen Ausnahmen waren diese Veranstaltungen von den örtlichen Grünen gut organisiert und man merkte, dass die Verantwortlichen in den Einrichtungen großes Interesse hatten, mit einem Bundespolitiker ins Gespräch zu kommen. Auch wenn ich oft darauf verweisen musste, dass der Bundestag für die Probleme und Anliegen der jeweiligen Einrichtungen, zum Beispiel im Bildungsbereich, leider nicht zuständig ist, konnte ich bei diesem Punkt verdeutlichen, warum es wichtig ist, 2011 wieder eine Grüne Fraktion im Landtag zu haben. Aus den vielen Gesprächen, die ich im Rahmen dieser Termine führte, ergaben sich oft auch Ideen für Anschlusstermine außerhalb des Bundestagswahlkampfes. Beispielsweise plane ich im nächsten Jahr, gemeinsam mit der neuen Europaabgeordneten Franziska Brantner, die ihr Regionalbüro in Ludwigshafen beziehen wird, und meinem Kollegen Markus Kurth eine größere Veranstaltung mit den Werkstätten für Behinderte in Ludwigshafen.

Aus meiner Sicht hat sich dieses Veranstaltungsformat für den Wahlkampf bewährt, gerade weil wir mittelständischen Betrieben vermitteln konnten, dass wir gute Konzepte in der Wirtschaftspolitik vorweisen können.

Die Info-Stände vor Ort wurden leider nicht so frequentiert wie gewünscht. Dies lag aber wohl an der generellen Wahlmüdigkeit der Menschen, die sich ja auch in der sehr schlechten Wahlbeteiligung am 27. September 2009 niedergeschlagen hat. Im Vergleich zu den anderen Parteien waren wir jedoch einer der politischen Akteure, die sich am deutlichsten „in den Straßen und auf den Plätzen“ zeigten. Bezüglich der Kneipentouren musste ich feststellen, daß sich dieses Format eher für Gemeinden ab 20.000 Einwohnern mit einer ausreichenden Zahl an Gaststätten anbietet. Besonders gut kam unser Kneipenwahlkampf dabei in Studentenstädten wie Trier oder Koblenz an.

Wenn Ihr Euch über meine Veranstaltungen genauer informieren wollt, dann könnt Ihr dies auf meiner Website im Bereich Wahlkampf 2009 (<http://www.josef-winkler.de/wahlkampf-2009/index.html>) machen.

Bewusst habe ich diesmal auf den Online-Wahlkampf gesetzt. Veranstaltungen wurden dabei auf meiner Homepage ausführlich angekündigt. Im Anschluss wurden dann tagesaktuelle Berichte nahezu aller dieser Veranstaltungen unter der Sparte „Was bisher geschah“ gepostet. Zusätzlich veröffentlichten wir hier auch eine große Menge an Bildern von den verschiedenen Wahlkampf-Terminen, und sorgten mit dem „Wahlkampf-Tagebuch“ auch für einen weniger sachlichen, als eher persönlichen Einblick hinter die Kulissen des Wahlkampfs. Neben meiner Homepage nutzte ich auch die öffentlichen und breit wirksamen Kanäle von Facebook und Twitter, um dort über Themen und Inhalte meines Wahlkampfes sowie aktuelle Informationen zu berichten. Der Erfolg dieses Online-Wahlkampfes lässt sich zwar erst jetzt im Nachhinein auswerten (an Hand der Userzahl o.ä.), aber der Zuspruch und das Interesse bei Twitter und Facebook kann ich persönlich nur als sehr hoch einschätzen.

Zuletzt möchte ich mich auch bei Euch, den Verantwortlichen vor Ort, für die geleistete Arbeit und Euer Engagement bedanken. Bei meinen Veranstaltungen habe ich selbst erlebt, wie engagiert Ihr vor Ort Flagge gezeigt und um jede Stimme gekämpft habt. Es hat mir daher sehr großen Spaß gemacht, Euch dabei zu unterstützen.

Für mich ist das Ergebnis eine Ermunterung, auch in Eurem Auftrag meine politische Arbeit in Berlin fortzusetzen.

Nun heißt es den Blick auf die kommende Landtagswahl im Jahr 2011 zu richten.

Grundlagen meiner Arbeit: Meine Arbeit im Deutschen Bundestag

Rechenschaftsbericht Migrations- und Flüchtlingspolitik

Ein Einwanderungsland wie Deutschland darf Menschen mit ausländischen Wurzeln nicht ausgrenzen. Für mich ist Integration deshalb eine Kernfrage der Partizipation und Teilhabegerechtigkeit. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn nicht große Bevölkerungsteile von einer vollen Partizipation ausgeschlossen sind. Diese gelingt nur durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

Aus diesem Grund wollen wir, dass Migrantinnen und Migranten schneller und leichter einbürgert werden. Das so genannte Optionsmodell, nach dem hier geborene Ausländerinnen und Ausländer sich nach dem 18. Geburtstag zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und derjenigen ihrer Eltern entscheiden müssen, ist integrationspolitisch kontraproduktiv: Wer von Geburt an Teil dieser Gesellschaft ist, soll nicht seine Zugehörigkeit zu diesem Staat in Frage stellen müssen. Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Sie sind im letzten Jahr noch einmal um ca. 10% gesunken. Das ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Diese Zahlen sind Ausdruck des verlorenen Vertrauens derjenigen Menschen, die in Deutschland seit Jahren leben, die die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, die dann aber diesen von uns Grünen erwünschten Schritt, nicht gehen wollen.

Demgegenüber hielt die Große Koalition trotzdem weiter am staatsangehörigkeitsrechtlichen Optionsmodell fest, dem Zwang für in Deutschland geborene junge Erwachsene, die ihr ganzes bisheriges Leben den deutschen und einen anderen Pass besessen haben, sich bis zum 23. Lebensjahr zwischen dem deutschen und dem Pass ihrer Eltern entscheiden zu müssen.

Der Optionszwang muss so schnell wie möglich aufgehoben werden. Daher habe ich einen entsprechenden **Gesetzentwurf (BT16/12849)** erarbeitet. Denn jedes weitere Jahr, in dem der Optionszwang gilt, werden circa 40.000 junge Erwachsene betroffen sein. Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juli 2009 in namentlicher Abstimmung über unseren Gesetzentwurf abgestimmt. Er wurde bedauerlicherweise mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich meine: in der neuen Legislaturperiode muss die Bundesregierung endlich Schluss machen mit der Ungleichbehandlung von Kindern unseres Landes und den Optionszwang aus dem Staatsangehörigkeitsrecht streichen. Daher engagiere ich mich auch bei der **Kampagne des Interkulturellen Rates, der Kirchen und Gewerkschaften „Wider den Optionszwang“** und gehöre zu den Erstunterzeichnern. (www.wider-den-optionszwang.de).

Flucht und Asyl

Langjährig hier lebende – bisher nur geduldete – Menschen müssen endlich eine sichere Zukunftsperspektive haben. Deshalb wollen wir eine großzügige Bleiberechtsregelung. Die geltende Regelung wird dem nicht gerecht. Ihre Voraussetzungen können von den meisten Geduldeten nicht erfüllt werden. Um dies zu ändern, habe ich verschiedene Anträge und Kleine Anfragen in den Bundestag eingebracht:

Antrag: Verlängerung der Frist für die gesetzliche Altfallregelung (16/12434)

Unser Antrag beinhaltet zwei Forderungen: zum einen eine Fristverlängerung für die Stellung von Anträgen nach der gesetzlichen Altfallregelung.

Die zweite Forderung ist eine großzügigere Auslegung der „Lebensunterhaltssicherung“ beim Übergang der „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ zur „normalen Aufenthaltserlaubnis“ – zum Beispiel über die Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz.

Weiterhin haben wir in einer Anfrage nach der Anzahl derjenigen Personen gefragt, die trotz gesetzlicher Bleiberechtsregelung ergänzende Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, weil bei der Berechnung der Lebensunterhaltssicherung bislang zu hohe Maßstäbe angelegt werden. (**Antwort der Bundesregierung Bt.-Drs. 16/14023**).

Das **Asylbewerberleistungsgesetz** führt zu einem diskriminierenden Ausschluss von Asylsuchenden und Geduldeten aus Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Leistungen betragen nur rund zwei Drittel der Sozialhilfe. Wir wollen diesem unhaltbaren Zustand ein Ende machen und das Gesetz streichen. Wir haben daher bereits Ende 2008 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Bundestag eingebracht. Denn das Ziel des Gesetzes - die Einreise von Asylsuchenden nach Deutschland zu reduzieren bzw. abgelehnte Asylsuchende bzw. Geduldete zu einer schellen Ausreise aus Deutschland zu bewegen - ist nicht erreicht worden. Das Gesetz entfaltet keine Abschreckungswirkung für Asylbewerber, vielmehr bringt es für sie und für die zunehmende Zahl Geduldeter unzumutbare Lebensumstände mit sich. In einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales im Frühjahr 2009 hat eine klare Mehrheit der Sachverständigen – insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Wohlfahrtsverbände – **den grünen Gesetzentwurf (BT 16/10837)** für eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes unterstützt.

Ich bleibe dabei: Ein Gesetz, das offenkundig weder geeignet noch erforderlich ist, um mit verhältnismäßigen Mitteln den Zweck dieses Gesetzes zu erfüllen, ist aufzuheben. Wer das Asylbewerberleistungsgesetz dennoch beibehalten möchte, zeigt, dass es ihr/ihm weniger darum geht, den angeblichen "Asylmissbrauch" zu bekämpfen, als vielmehr darum, Asylsuchende und Geduldete in Deutschland zu schikanieren und zu diskriminieren. Ich werde mich auch in der 17. Legislaturperiode für eine Aufhebung dieses Gesetzes engagieren.

Unzählige Menschen, die über das Meer Europa erreichen wollen, überleben die Fahrt nicht oder werden in unsichere Drittstaaten zurückgeschickt, bevor sie einen Asylantrag stellen konnten. Diese Praxis der **Grenzschutzagentur FRONTEX** und der EU-Mitgliedstaaten verstößt gegen Menschenrechte und das Verbot der Zurückweisung. Auch vor den Toren Europas muss die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden. Die nördlichen EU-Länder dürfen die Mitgliedstaaten im Süden nicht länger im Stich lassen und müssen endlich die Verantwortung für das Schicksal der in Malta, Italien und Griechenland Gestrandeten untereinander teilen. Wir wollen uns dafür stark machen, dass Deutschland hier mit gutem Vorbild vorangeht. In einer Kleinen Anfrage „**Auswirkung der FRONTEX-Leitlinien auf den Flüchtlingsschutz**“ (BT 16/14118) frage ich die Bundesregierung nach dem Zusammenspiel zwischen den in den Leitlinien für Frontexeinsätze vorgesehenen Maßnahmen im Umgang mit einem vermeintlich von illegalen Migrantinnen und Migranten besetzten Boot und der Gewährung internationalen Flüchtlingsschutzes.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus meinen parlamentarischen Aktivitäten, ausführliche Informationen finden sich auf meiner persönlichen und auf der Fraktions-Homepage.